Nun noch zu unserem Änderungsantrag: Der Verfassungsschutz als Inlandsnachrichtendienst hat vor allem die Aufgabe, verfassungsrechtliche Bestrebungen zu beobachten und Informationen zu liefern. Auch im Bereich des Verfassungsschutzes soll es nach dem Willen der Landesregierung immer weniger Personal geben. Allein ein Blick auf die gegenwärtige Bedrohungslage macht doch klar, wie irrational der Personalabbau beim Verfassungsschutz - ebenso wie der bei der Polizei - ist.

Wir haben einen Anstieg im Bereich der politisch motivierten Kriminalität, einen Anstieg im Bereich des Rechtsextremismus, eine Zunahme rechtsextremistischer Aktivitäten und immer mehr Rechtsextremisten im Land Brandenburg. Und auch die Lage im Bereich der religiös motivierten Bedrohung verschärft sich, und - das sage ich Ihnen deutlich, Sie werden an diese Worte denken - sie wird sich noch mehr verschärfen. Laut Verfassungsschutzbericht gibt es derzeit 40 gewaltbereite Islamisten in Brandenburg. Ausweislich des Berichtes von 2013 waren es 30. Allein das zeigt, welche Dynamik hier existent ist.

Aufgrund der weiter zunehmenden Bedrohung haben beispielsweise das Bundesland Nordrhein-Westfalen und auch andere Bundesländer ihre Personalbedarfe bei Polizei und Verfassungsschutz nach oben angepasst. In Nordrhein-Westfalen werden die Personalstellen bei Polizei und Verfassungsschutz bis 2017 um 385 Stellen aufgestockt, mit der ganz klaren und richtigen Begründung, dass es eine in Quantität und Qualität neue, verschärfte Bedrohungslage gibt. Deswegen frage ich Sie: Meinen Sie denn wirklich, das Land Brandenburg bleibt hier außen vor, bleibt sozusagen eine Insel der Glückseligen, was diese Bedrohungslage betrifft? - Natürlich nicht. Deshalb muss man da innenpolitisch gegensteuern und Personal aufstocken und nicht, wie Sie es tun, abbauen.

(Beifall CDU und AfD)

Derzeit gibt es im Verfassungsschutz ca. 30 Mitarbeiter weniger als noch 2009. Im Jahr 2018 sollen es nach Ihren Planungen nur noch 83 Stellen sein. Für die CDU-Fraktion ist eines klar: Der Abbau von Personal beim Verfassungsschutz in diesem Maß, der Abbau insgesamt ist unverantwortlich. Deutschland und auch Brandenburg ist auf den Verfassungsschutz - eine wichtige Säule der Sicherheitsarchitektur - angewiesen. Dessen Bedeutung wird in Zukunft nicht ab-, sondern eher zunehmen. Personalabbau beim Verfassungsschutz bedeutet, dass schlicht und ergreifend - wie bei der Polizei - innere Sicherheit abgebaut wird. Wir sind uns, Herr Innenminister, durchaus bewusst, dass Ihr Koalitionspartner, die Linke, Sie auch in diesem Bereich mit ziemlich abstrusen und völlig an der sicherheitspolitischen Lage vorbeigehenden Forderungen unter Druck setzt. Das sehen wir.

(Domres [DIE LINKE]: Genau!)

- Na klar. - Aber ich fordere Sie auf: Lassen Sie die Vernachlässigung und weitere Schwächung von Polizei und Verfassungsschutz nicht zu! Seien Sie ein starker Minister! Ich bitte um Zustimmung zum Änderungsantrag. - Vielen Dank.

(Beifall CDU)

Präsidentin Stark:

Danke schön. - Zu uns spricht nun die Abgeordnete Richstein, ebenfalls für die CDU-Fraktion.

Frau Richstein (CDU): *

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die Landesregierung wird in den nächsten Jahren eine Kreisgebiets- und Gemeindestrukturreform durchführen. Letztere soll zumindest in dieser Legislaturperiode unter der Fahne der Freiwilligkeit stehen, und wir hoffen natürlich, dass diese Fahne in Zukunft nicht eingeholt wird.

Große Ereignisse werfen normalerweise ihre Schatten voraus. Hiervon ist im Haushalt aber keine Spur, nicht einmal ein kleiner Schatten. Die Landesregierung und dieser Haushalt geben uns noch keinen Aufschluss über die vermeintlichen Gesamtkosten dieses neuen Projekts der Landesregierung. Allein die Mittel für die Zuwendung bei freiwilligen Zusammenschlüssen auf der kommunalen Ebene sind in diesem Doppelhaushalt sogar von 10 Millionen Euro im Jahr 2014 auf jeweils 1 Million Euro in den Jahren 2015 und 2016 gekürzt worden. Mehr wissen wir noch nicht. Denn der von der Landesregierung vorgelegte Leitbildentwurf ist in den Fragen der Finanzierung sehr diffus und kryptisch.

Herr Kosanke hat den Änderungsantrag angesprochen: einmal 20 000 Euro und im nächsten Jahr 60 000 Euro für einen breit angelegten Diskussionskurs - also, so breit kann der bei diesen geringen Mitteln gar nicht sein, ich bin einmal gespannt.

Ohne klare Finanzparameter im Leitbild und ohne konkrete Aussagen über die eventuell aus der Rücklage zur Verfügung stehenden Mittel kann man einem solchen Leitbild zur Verwaltungsstrukturreform nicht guten Gewissens zustimmen.

Meine Damen und Herren, schauen wir uns deshalb das Leitbild im Hinblick auf die Finanzen etwas genauer an. Zu hören ist immer wieder, dass ein dreistelliger Millionenbetrag benötigt wird und man sich wohl an der Kreisgebietsreform in Sachsen orientieren wolle. Ein dreistelliger Millionenbetrag - das kann alles von 100 Millionen bis 999 Millionen sein. Da bin ich doch sehr gespannt, wo wir am Schluss landen werden.

Im Leitbildentwurf selbst wird von Teilentschuldung, Einmalkosten und einem abschmelzenden Standardanpassungszuschuss gesprochen, ohne diese Maßnahmen im Hinblick auf die vorgeschlagene Aufgabenübertragung näher zu beziffern. Hingegen werden im Leitbildentwurf finanzielle Beschränkungen zulasten der Kommunen festgelegt. So hängt beispielsweise die Reichweite der Funktionalreform von der Höhe der Ausgaben des Landes für die zu übertragenden Aufgaben im Jahr 2014 ab. Das heißt, der Landeshaushalt darf durch die Aufgabenübertragung nicht belastet werden, und des Weiteren sind bereits geplante Ausgabenreduzierungen und Stelleneinsparungen vorgesehen. Im Ergebnis heißt das: Wenn die Kosten überschritten werden, können weitere Aufgaben nicht übertragen werden. Oder sollen etwa die Kommunen auf den Kosten sitzen bleiben?

Zweitens: Landkreise, Städte und Gemeinden, die im Hinblick auf eine festgelegte Mindestgröße kraft Gesetzes oder freiwillig fusionieren oder ihre Verwaltungseinheiten zusammenlegen, sollen teilentschuldet werden. Das hört sich gut an, aber dies soll nur zum Teil aus Landesmitteln und zu einem solidarischen Teil von wahrscheinlich 50 % aus der Verbundmasse der Kommunen finanziert werden. Damit ist diese Teilentschuldung so gesehen eine Umverteilung auf Kosten der gut wirtschaftenden Kommunen sowie der Städte und Gemeinden, die sich nicht zusammenschließen wollen.

Drittens: Gemeinden erhalten erst dann eine Teilentschuldung, wenn ihre Verwaltung für mindestens 10 000 Einwohner zuständig ist. Dies lässt die freiwillige Gemeindestrukturreform in eine Gemeindegebietsreform unter finanziellem Druck ausarten.

Meine Damen und Herren, wenn die Reform in Sachsen zum Vorbild genommen wird, dann können Sie, Herr Minister Schröter, doch zumindest ungefähre Zahlen auf den Tisch legen. Denn wir wissen, dass in Sachsen zu Beginn der Reform die Umstellungs- und Anpassungskosten auch nicht bekannt waren, jedoch durch einen Mehrkostenausgleich von jährlich 200 Millionen Euro festgeschrieben wurden, der in den Jahren 2011 bis 2017 auf 142 Millionen Euro abgeschmolzen werden soll. Weitere Kosten könnten in Brandenburg entstehen, weil eine Gemeindestrukturreform vorgesehen ist. Sachsen hat zudem für die 22 Altkreise jeweils 10 Millionen Euro, insbesondere für strukturelle Anpassungsmaßnahmen, zur Verfügung gestellt. Die Kreissitzverlierer haben darüber hinaus eine Pauschale von insgesamt 28,8 Millionen Euro bekommen, um Investitionen zu tätigen und Schulden abzubauen.

Ob es mittel- oder langfristige Einsparpotenziale in Sachsen geben wird - die Sächsische Regierung geht zumindest davon aus, sie kann es jedoch nicht wirklich einschätzen. Sparen werden wir allerdings nicht, wenn ehemalige Kreisverwaltungsgebäude, insbesondere in der ländlichen Region, leer stehen, wenn sich Wirtschaft und Kultur zu den neuen Kreisstädten verlagern und wenn Verwaltungsmitarbeiter jeden Tag zwei Stunden unproduktiv pendeln müssen, sich eventuell nicht mehr im Ehrenamt engagieren können und Kommunalpolitik aus der Ferne betrieben wird.

Meine Damen und Herren, der Leitbildentwurf der Landesregierung enthält bisher keine Zahlen zu den reformimmanenten und volkswirtschaftlichen Kosten sowie zur Finanzierung der Verwaltungsstrukturreform. Die Finanzierung ist aber ein essenzieller Bestandteil in jeder Projektplanung, ohne die ein Geschäftsplan durchfällt.

Die im Leitbild der Landesregierung vorgeschlagene Kreisgebiets- und Gemeindestrukturreform hat nicht nur in finanzieller Hinsicht viele Unbekannte und ist im Hinblick auf die Projektfähigkeit der Landesregierung - ich möchte nur stichwortartig den BER, die Polizeireform, den Breitbandausbau, E-Government nennen - ein weiteres Risikoprojekt, das, wie die Reform in Mecklenburg-Vorpommern, Schiffbruch erleiden kann. Anstatt eines großen Sprungs mit dem Kopf durch die Wand sollten wir lieber gemeinsam darüber nachdenken, wie wir in den bewährten Strukturen Land, Landkreise, Städte und Gemeinden nachhaltig stärken, konsolidieren können, um bei Bedarf die notwendigen Strukturveränderungen vorzunehmen.

(Beifall CDU)

So können wir gut Funktionierendes erhalten und schlechte Strukturen verbessern. Ein solcher Weg führt zu mehr Qualität, Bürgernähe, Effizienz und Akzeptanz

(Ludwig [DIE LINKE]: Hätten Sie sich doch in die Koalitionsverhandlungen eingebracht!)

bei allen Beteiligten. - Vielen Dank.

(Beifall CDU)

Präsidentin Stark:

Wir danken Ihnen. - Zu uns spricht nun der Abgeordnete Dr. Scharfenberg für die Fraktion DIE LINKE.

Dr. Scharfenberg (DIE LINKE):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Mit dem Einzelplan 03 verbindet sich ein enormer Querschnitt von Themenbereichen. Dazu gehört vor allem die Verantwortung für die Polizei und damit auch für die umstrittene Polizeireform. Wir warten - ich nehme an, alle - mit Spannung auf die Ergebnisse der Evaluierung, die zu konkreten Schlussfolgerungen für das weitere Vorgehen führen sollen. Da werden wir noch einiges zu tun haben.

Es bringt uns allerdings nicht weiter, wenn CDU und AfD immer wieder versuchen, aus dem Sicherheitsbedürfnis der Menschen politisches Kapital zu schlagen und die öffentliche Sicherheit in Brandenburg gnadenlos zu dramatisieren. Ich wünsche mir an dieser Stelle mehr Objektivität und Verantwortungsbewusstsein, denn mit einem solchen Vorgehen werden Menschen nur verunsichert, aber es wird nichts, aber auch gar nichts für eine Stärkung des Sicherheitsgefühls getan.

Herr Lakenmacher hat vorhin sehr lange, aber wenig inhaltsreich zu diesem Thema gesprochen, und lange Linien konnte ich dabei überhaupt nicht entdecken. Ich muss einmal sagen: So richtig scheint das Ihre eigene Fraktion auch nicht zu interessieren; ich weiß nicht, ob Sie sich deswegen auf die Seite der anderen Fraktion begeben haben, um nicht so aufzufallen, Herr Lakenmacher.

(Heiterkeit bei der SPD)

Übrigens, Herr Lakenmacher, wenn Sie es mit diesem Thema wirklich ernst meinen, hätten Sie im Innenausschuss entsprechende Anträge stellen können. Das haben Sie, aus welchem Grund auch immer, gar nicht erst gemacht. Das spricht, denke ich, Bände.

Zum Kaspertheater der AfD mit den Anträgen will ich hier gar nichts sagen.

Wir wissen, dass die brandenburgischen Polizisten ihre Aufgaben mit viel Einsatzbereitschaft verantwortungsbewusst ausfüllen. Das hat sich auch unter den schwierigen Bedingungen am vergangenen Wochenende in Neuruppin gezeigt. Das heißt nicht, dass es keinen Änderungsbedarf bei der Polizei gäbe. Ich bin mir sicher, dass uns diese Frage weiterhin beschäftigen wird und dass wir uns gemeinsam dieser Herausforderung stellen werden. Wir haben in diesem Zusammenhang immer wieder darauf gedrängt, dass die kommunale Kriminalitätsprävention gestärkt wird. Mittlerweile hat der Innenminister einen Landespräventionsbeauftragten eingesetzt, wie es der Landtag im vergangenen Jahr vorgeschlagen hatte.

Die Koalition hat sich mit einem Antrag dafür eingesetzt, die Mittel für diesen Beauftragten zu erhöhen, um Projekte der kommunalen Kriminalitätsverhütung besser fördern zu können. Dieser Antrag hat im Innenausschuss einstimmige Zustimmung gefunden.

Eine große Herausforderung ist die Aufnahme von Flüchtlingen, insbesondere die vom Ministerium des Innern abzusichern-